

Echo vom Berg

Ein Papiertiger braucht einen Bike-Pass

Wie respektlos die Berggemeinden zum Freizeitpark degradiert werden, zeigt sich am grossspurigen Projekt «Stratos Bike Wallis».

Ob Dorfschulen, Kantonsstrassen-Deklassierung, Raumplanung oder andere Bevormundungen: Kaum ein Tag vergeht, an dem wir nicht von Respektlosigkeiten des Kantons und der Zentren gegenüber den kleinen Berggemeinden hören und lesen. Der politische Zeitgeist sagt und nagt unentwegt: Das Gagelzeug muss weg.

Gerade gut genug, um gefeiert zu werden, sind wir nur noch, wenn wir unsere Natur, Landschaft und Kultur möglichst günstig, grenzenlos und kitschig als Kulisse, Bühne und Darsteller des Freizeitparks hergeben. So kommt es, dass wir nicht nur vom billigen Tagestourismus heimgesucht werden, sondern immer mehr Tourenskifahrer von jedem halbwegs erreichbaren Winterhubel durch Wald- und Wildschongebiete heruntercarven, als wär’ der Kick im Tiefschnee im Magic Pass inbegriffen.

Jetzt sind wir dran, im wahren Sinne des Wortes, den Sommer anzukurbeln. Dass wir für diese Jahreszeit touristisch ein grosses, bisher vernachlässigtes Potenzial und echte Qualitäten haben, ist unbestritten. Und dass wir dies besser nutzen, macht Sinn. Denn vieles deutet darauf hin, dass in der hektischen Welt das beschauliche und gemütliche Wandern im Familienverbund schwer im Kommen ist.

Aber muss es jetzt auch noch der Mountain- und E-Bike-Zir-

kus über alle Alpen bis hinauf auf alle Pässe und Wandergipfel sein? Auf Betreiben der Region Wirtschaft Oberwallis hat der Kanton vor sechs Jahren ziemlich grossspurig das Projekt «Stratos Bike Wallis» gestartet. Fahrplan-gemäss wurden seither zwei Jahre mit Analysen und Konzeptionierung und drei Jahre mit der Ausarbeitung und Umsetzung der definierten Aufgaben in einer Pilotphase verbracht.

Kostenpunkt der Trockenübung: 3,42 Millionen Franken, hauptsächlich bezahlt mit «Neue Regionalpolitik»-Geldern von Bund und Kanton. Das vorläufige Resultat: ein teurer Papiertiger, der trotz Millionensegen noch keinen brauchbaren Bike-Kilometer zuwege brachte. Der Bau und vor allem der kostspielige Unterhalt der Bikewege bleibt den Gemeinden vorbehalten.

Wir müssen davon ausgehen, dass der Unterhalt drei bis viel Mal teurer wird als bei einem herkömmlichen Wanderweg. Die Biker fräsen nämlich Rillen in die Wege, die sich schon nach zwei, drei Gewittern zu regelrechten Wasserfuhren auswachsen. Nicht zu reden von den Erosionen, die mit der Zeit durch Abkürzen in Böschungen und wegnahen Wiesen entstehen.

Das Ärgerliche dabei: Viele Biker steigen kaum mehr ab, wenn sie mal im Abfahrtsmodus Richtung Tal und Zentren

rauschen. Die Gelackmeierten sind die Gemeinden weiter oben, welche ein grosses Bikeweg-Netz, den Schaden und die Unterhaltskosten haben – jedoch vergleichsweise wenig wirtschaftlichen Ertrag in Form von Übernachtungen, Zvieris und Abendessen.

Was ist zu tun? Der Papiertiger braucht – ähnlich dem bewährten Langlaufpass – einen Bike-Pass. Wer Mountainbikewege befährt, zahlt pro Jahr sagen wir mal angemessene 200 Franken. Das Geld wird vom Kanton einkassiert und unter den Gemeinden aufgrund der Länge des homologi-erten Wegnetzes zweckbestimmt für den Unterhalt aufgeteilt. Und vielleicht kann dieser Pass am Lenkrad elektronisch so gepeilt werden, dass zur Not festgestellt werden könnte, wer sich an die Signalisationen, Regeln und Fahrverbote hält – und wer sich um all das sowieso einen feuchten Dreck schert.

Ist ja nur Berggebiet.



Beat Jost, 1954, ist Gemeindepräsident in Albinen und war Journalist, Gewerkschafter und Grossrat. beat.jost@albinen.ch

Kolumne

Jetzt kommt unsere Chance für den Klimaschutz

Mit einem Ja zum neuen CO₂-Gesetz können wir das Klima schützen. In bester Gesellschaft mit dem Rest der Welt.

Heute liegt das Kuvert mit den Abstimmungsunterlagen in meinem Briefkasten. Ich freue mich, denn für mich ist das CO₂-Gesetz eine der wichtigsten Vorlagen der letzten Jahre. Das Thema beschäftigt mich schon eine gefühlte Ewigkeit und ich bibbere darum, dass das Gesetz endlich vom Volk angenommen wird. Ich bin froh, wenn die Abstimmung durch ist.

Denn das CO₂-Gesetz ist für uns Schweizerinnen und Schweizer im Moment die kräftigste (und einzige) Waffe im Kampf gegen den Klimawandel.

Ja, man mag sich streiten, ob die Massnahmen genau so, in dieser Form, die allerbesten sind. Ob nicht besser der freie Markt mit seinen Innovationen das Problem effizienter lösen würde. Würde er vermutlich schon, in vielen, vielen Jahren. Aber wir sind heute nicht so weit. Wir sehen: Ohne Massnahmen für den Klimaschutz, sei dies im Gebäudebereich oder in der Mobilität, passiert nichts.

Massnahmen wie etwa das Gebäudeprogramm haben in den letzten Jahren eine merkl-iche Abnahme der klimaschädlichen Treibhausgase gebracht. Darum ist wichtig, sie fortzuführen. Und genau das ermöglicht das CO₂-Gesetz.

Wir haben nicht mehr die Zeit, um darauf zu warten,

dass technische Innovationen sich einfach durchsetzen werden und den Klimawandel rechtzeitig stoppen. Viele solche Innovationen gibt es schon lange.

Schon seit Jahrzehnten ist es etwa technisch möglich, ein Gebäude ohne fossile Brennstoffe zu heizen. Trotzdem werden etwa 90 Prozent aller Ölheizungen wiederum durch Ölheizungen ersetzt. Mit dem CO₂-Gesetz werden Anreize geschaffen, damit die klimafreundlichen neuen Technologien bei einem Heizungser-satz dann auch effektiv eingebaut werden.

Ich gestehe ein, letztes Jahr war ich noch pessimistischer, was den Klimaschutz betrifft. Unter Trump war die USA als einer der wichtigsten Akteure nicht mit an Bord. Und ja, Klimaschutz ist eine gemeinsame Sache. Aber nun hat Joe Biden diesen ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. Viele andere Länder haben ambitionierte Reduktionsziele gesetzt und griffige Massnahmen getroffen.

Ich erwarte von der Schweiz als modernes und wirtschaftsstarkes Land, nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Genau weil Klimaschutz eine weltweite, gemeinsame Sache sei, brauche die Schweiz ja doch nichts zu machen, weil wir ja als kleines Land sowieso keinen Einfluss auf den globalen Klimawandel hätten. Das

habe ich in den letzten Wochen so oft gehört. Aber mal ehrlich, das ist in etwa so, wie wenn man behauptet, man müsse keine Steuern zahlen, weil der kleine Beitrag für die gesamten Steuereinnahmen des Staates ja sowieso keinen Unterschied macht.

Na ja, wer so denkt, sollte konsequenterweise der Urne fernbleiben. Schliesslich ist die einzelne Stimme ja im Vergleich zu allen übrigen Stimmen bedeutungslos.

Für mich ist klar: Unser Beitrag im Kampf gegen den Klimaschutz ist wichtig, meine Stimme zählt, und darum stimme ich am 13. Juni Ja.



Laura Schmid 1985, stammt aus Visp und wohnt in Bern. Sie hat Politikwissenschaft studiert und arbeitet seit zehn Jahren im Umweltbereich für verschiedene NGOs, derzeit für den VCS Schweiz. laura.annelene@gmail.com

Leserbrief

Am CO₂-Gesetz führt kein Weg vorbei

Die Schweiz ist Mitglied beim Pariser Klimaabkommen und verpflichtet sich damit, den CO₂-Ausstoss drastisch zu senken. Zudem hat das Schweizer Stimmvolk 2017 die Energiestrategie 2050 von Bundesrat und Parlament befürwortet. Das angepasste CO₂-Gesetz stellt nun die konsequente Umsetzung dieser Energiestrategie dar, wobei das Hauptziel darin besteht, dass die Schweiz bis 2050 CO₂-neutral und unabhängig wird von fossilen Energieträgern wie Öl und Gas und nur noch auf erneuerbare Energien setzt. Es kann ja nicht sein, dass jährlich an die zehn Milliarden Franken an Erdöl produzierende Staaten fliessen, Geld, das sinnvoller im Land für einheimische Energien eingesetzt werden kann. Mit dem Geld, welches durch die CO₂-Abgaben (höherer Benzin- und Erdölpreis sowie neu eine Flugticket-Abgabe) generiert wird, soll ein Klimafonds geöfnet

werden. Diese Erträge werden zu einem Teil verwendet zur Förderung von Klimaprojekten, zwei Drittel fliessen zurück an die Bevölkerung und die Industrie. Die Kosten werden dabei nach dem Verursacherprinzip verteilt: Wer mehr Energie verbraucht, bezahlt mehr, wer energiebewusst lebt, bezahlt weniger. Auf diese Weise werden Anreize geschaffen für Investitionen in umweltschonende Technologien wie etwa alternative Heizmethoden und Elektromobilität, aber auch nachhaltige Innovationen werden gefördert, was wiederum neue Arbeitsplätze schafft. Weil das angepasste CO₂-Gesetz letztendlich für die Zukunft des Landes mehr Vorteile bringt, hat sich bei einer Umfrage eine überwiegende Mehrheit von Firmen und Betrieben dafür ausgesprochen. Denn am CO₂-Gesetz führt kein Weg vorbei.

Klaus Minnig, Brig-Glis

Leserbrief

Falsche Briger Verkehrszahlen

Mit der Sperrung der Fahrspur von Brig nach Naters ab Dennerkreisel versprechen die Projektverantwortlichen die Lösung des Stauproblems beim Bahnhof. Die mit dem Zonen-nutzungsplan aufgelegten Verkehrszahlen zeigen aber ein ganz anderes Bild.

Laut den Verkehrszahlen der Transitec AG verkehren täglich 4300 Fahrzeuge von Brig nach Naters. Zusammen mit der Aufhebung des Parkplatzes West (mit einer Bewegung von 1500 Fahrzeugen) ergäbe dies eine Entlastung von 5800 Fahrzeugen pro Tag.

Auf dem Dennerkreisel wird von der Transitec AG jedoch nur eine Reduktion von 1900 Fahrzeugen ausgewiesen, was faktisch eine Zunahme von 3900 Fahrzeugen auf dem Kreisel bedeutet.

Wohin wird dieser Mehrverkehr von 3900 Fahrzeugen geleitet? Wo parkieren in Zukunft die Bahnhofsnutzer nach

der Auflösung des Parkplatzes West? Werden die Parkierenden sich auf den Zirkusplatz verschieben? Dadurch würde ein wesentlicher Mehrverkehr im Rhonesandquartier verursacht werden. Fragen, die aus den Projektunterlagen nicht hervorgehen und bisher von den Verantwortlichen nicht erklärt werden konnten.

Bei einer Kreiselbelastung von 12 900 Fahrzeugen und einer Reduktion von 1900 Fahrzeugen wird kein Problem gelöst.

Zudem: All diese Zahlen beruhen auf Verkehrsdaten aus dem Jahre 2013. Die Verkehrszunahme im Wallis betrug seither aber über 10 Prozent.

Problemlösungen sehen anders aus!

Nur über ein Nein zum Baukredit kann eine wirkliche Projektverbesserung erreicht werden.

Christof Wyer, Brig

Leserbrief

Die Zudiener der Erdöl-Lobby

Sinnigerweise posiert das Oberwalliser Nein-Komitee gegen das CO₂-Gesetz vor einer Tankstelle. Expliziter könnte man den Zusammenhang nicht zum Ausdruck bringen. Die Kampagnengelder gegen das Gesetz stammen nämlich zu einem erheblichen Teil von der Erdöl-Lobby. Denn, wer Nein stimmt, setzt auf Erdöl und will den Ausstieg aus dieser Industrie so lange wie möglich hinauszögern. Mit gutem Grund, jährlich pumpen wir 8 Milliarden Franken für einen Rohstoff ins Ausland, zu dem es in der Schweiz klimafreundlichere Alternativen gäbe.

Die Nein-Sager auf dem Foto im WB vom 19. Mai stammen allesamt aus dem SVP-Lager. Es erstaunt, dass sich die SVP-Heimatschützer für ausländisches Erdöl so ins Zeug legen, wo doch einheimische erneuerbare Energiequellen (wie Holz, Sonne, Wasser) zur Verfügung stünden. Aber wir sind uns mittlerweile gewohnt, dass die Nein-Sager-Fraktion gegen alles ist, was der Umwelt dienen könnte. Merk-

würdigerweise hält sich die Neue Rechte des Oberwallis um Ständerat Rieder und Nationalrat Bregy vornehm zurück. In Bern enthielten sie sich der Stimme, hierzulande werden sie sich wohl nach dem Wind richten.

Ach ja, und da gibt es noch die herumschwafelnde Kolumnistin Esther Pfammatter. Es macht ihr offenbar Bauchweh, dass ihr dieses Gesetz angeblich neue einzwängende Fesseln auferlegen soll. Das Gegenteil ist richtig: Das CO₂-Gesetz setzt auf Anreize statt Verbote. Umweltfreundliches Verhalten soll belohnt werden. Diejenigen werden zur Kasse gebeten, welche sich um eine enkeltaugliche Zukunft foutieren. Als Bewohner eines Bergdorfes, als Autofahrer und GA-Besitzer, als Hauseigentümer und als Familienvater stimme ich für das CO₂-Gesetz – aus Überzeugung und weil ich letztlich per Saldo mehr Geld aus dem Klimafonds erwarten kann, als ich einzahlen muss.

Edmund Steiner, Erschmatt